

Hanauer Friedensplattform
c/o Otto Dols
Frankfurter Landstraße 67
63452 Hanau
Tel./Fax 06181 256727

Hanau, den 16.9.2006

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Dr. Raabe,

die Hanauer Friedensplattform fordert Sie auf, dem geplanten Libanon-Einsatz der Bundeswehr nicht zuzustimmen. Begründung:

1. Der geplante Einsatz ist einseitig auf die Interessen Israels ausgerichtet, dadurch würde Deutschland automatisch zur Kriegspartei. Dies ergibt sich schon aus dem Vorhaben, UN-Truppen nur auf libanesischem Gebiet zu stationieren.
2. Der Krieg Israels gegen den Libanon war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. In Artikel 2, Absatz 4 der UN-Charta heißt es: „Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“
3. Der Staat Israel war vom libanesischen Staat nicht angegriffen worden. Somit entfällt auch die Begründung des Kriegs mit der Selbstverteidigung Israels. Die beiden gefangenen israelischen Soldaten hätten durch die Bombardierungen auch getötet werden können.
4. Es wurden vorrangig zivile und keine militärischen Ziele angegriffen. Bombardiert wurden Flüchtlingskonvois, Rotkreuzfahrzeuge, die libanesische Infrastruktur und gekennzeichnete UN-Posten. Es wurden zum Teil international geächtete Streubomben verwendet und eine Umweltkatastrophe durch die Zerstörung von Öltanks in Kauf genommen. Dieser Krieg darf nicht durch einen deutschen Einsatz nachträglich sanktioniert werden.
5. Die Raketenangriffe der Hisbollah auf zivile Einrichtungen und Siedlungen in Israel verstoßen gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht (Genfer Konventionen). Gleiches trifft jedoch auch auf die fast täglichen Übergriffe und Grenzverletzungen Israels an der Grenze zum Libanon zu. Der offizielle Bericht des UN-Generalsekretärs über die Tätigkeit der bisherigen Blauhelmsuppe UNIFIL erwähnt „permanente provokative Grenzverletzungen“ der israelischen Luftwaffe. Und wo sind eigentlich die „Internationale Gemeinschaft“ und die EU, wenn täglich von der israelischen Armee mehrere Palästinenser getötet werden?
6. Für die Beseitigung der Kriegsschäden und Folgen ist nicht die so genannte „Internationale Gemeinschaft“ zuständig, sondern Israel.
7. Die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesrepublik verbieten die Lieferung von Waffen in Krisengebiete. Deshalb fordern wir die Rückholung der im Februar 2003 nach Israel gelieferten Patriot-Raketenabwehrsysteme und den Stopp der deutschen U-Boot-Lieferungen an Israel (bei denen Israel nur zwei von drei U-Booten bezahlen muss). Auch nach Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate liefert Deutschland Waffen. Wir sagen: In den Nahen Osten darf Deutschland überhaupt keine Waffen mehr liefern.
8. Es besteht die Gefahr, dass die USA ihren geplanten Angriff auf den Iran doch noch durchführen. Wenn sich zu diesem Zeitpunkt deutsche Truppen in der Region befinden sollten, würde unser Land in diese Auseinandersetzung hineingezogen.

9. Wenn Deutschland sich an diesem Krieg beteiligt, müssen wir auch mit Angriffen auf Ziele in Deutschland rechnen.
10. Laut Grundgesetz (Art. 87 a) ist der Einsatz der Bundeswehr nur zur Landesverteidigung zulässig. Es liegt in Ihrer Verantwortung, Deutschland aus Kriegen herauszuhalten, die nicht unsere Kriege sind, schon aufgrund unserer schlimmen Vergangenheit.

Was kann Deutschland zu einem Frieden im Nahen Osten beitragen?

- Deutschland könnte, gerade aufgrund seiner historischen Verantwortung für die Vernichtung der Juden, eine aktive Vermittlerrolle übernehmen.
- Eine dauerhafte Lösung, die auch der israelischen Bevölkerung Sicherheit geben könnte, kann es nur geben, wenn die Palästinenser einen eigenständigen, auch wirtschaftlich lebensfähigen Staat erhalten.
- Die Wirtschaftsförderung der palästinensischen Gebiete durch Deutschland und die EU darf nicht davon abhängig gemacht werden, wer dort die Regierung stellt.
- Bitte setzen sie sich ein für eine Nahost-Friedenskonferenz mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in der Region.

Diese Maßnahmen sind auch das beste Mittel, um dem Extremismus unter der palästinensischen Bevölkerung zu bekämpfen.

Sie engagieren sich in der Entwicklungspolitik. Daher ist es Ihnen sicher allzu gut bekannt, wie schwer es ist, Geld für die Entwicklungspolitik zu bekommen. Dieser Einsatz soll 193 Millionen Euro kosten, die in ziviler Hilfe mit Sicherheit besser angelegt wären.

Bei Ihrer Entscheidung tragen Sie eine große Verantwortung. Bitte werden Sie dieser Verantwortung gerecht. Denken Sie vielleicht auch einmal daran, welche fatale Fehlentscheidung SPD-Abgeordnete vor Beginn des ersten Weltkriegs trafen, als sie für die Kriegskredite stimmten. Das Ergebnis ist bekannt. Sie haben die Chance, es besser zu machen!

Sind Sie so nett und teilen uns mit, wie Sie sich entschieden haben?

Mit freundlichen Grüßen

Für die Hanauer Friedensplattform
Otto Dols
Doris Werder